

SVP des Kantons St. Gallen

Jahresberichte 2014



Präsidentenbericht 2014 / 2015



Geschätzte Delegierte,
geschätzte SVP-Ierinnen und SVP-Ier

Es freut mich, Euch in meinem dritten Präsidentenbericht in verschiedenen Themenbereichen einen Rückblick auf die vergangenen und einen Ausblick auf die kommenden Monate geben zu können.

Nationale Ebene

Auf nationaler Ebene standen im Jahr 2014 und Anfang 2015 eine ganze Reihe wichtiger Abstimmungen an. Nach dem historischen „JA“ der Schweizer Bevölkerung zur Massenzuwanderungsinitiative der SVP vom 9. Februar 2014 folgten verschiedene weitere Volksentscheide. Während die Verstärkung des Schweizer Luftschirms durch den Gripen mit 52% leider sehr knapp gescheitert ist, wurde die Mindestlohninitiative der SP mit einem Nein-Stimmenanteil von 77% wuchtig verworfen. Nicht wesentlich besser erging es im September der Initiative für eine Einheitskrankenkasse, die mit 62% Nein bachab geschickt wurde. Der absolute Höhepunkt in dieser Hinsicht war jedoch vor zwei Monaten die Initiative *„Energie- statt Mehrwertsteuer“* der GLP. Diese wurde von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit sage und schreibe 92% abgelehnt. Dies war wohl auch ein deutliches Zeichen dafür, dass die Menschen in der Schweiz heute ganz andere Sorgen und Nöte plagen, als dies im Vorfeld der letzten nationalen Wahlen der Fall war und den grünen und linken Parteien zu einem kurzen Höhenflug verhalf.

Nichts desto trotz werden uns in den kommenden Monaten weitere Neid- und Umverteilungsinitiativen beschäftigen. So wollen die Linken in unserem Land den Kapitalismus überwinden, indem sie mit Initiativen wie der *„Einführung der Erbschaftssteuer“* oder *„einem bedingungslosen Grundeinkommen von 2'500 Franken für alle“* die Grundwerte unserer Gesellschaft und unseres Staates angreifen. Glücklicherweise wird derartiger politischer Unsinn von den Schweizerinnen und Schweizern immer weniger goutiert und entsprechende Vorlagen zunehmend deutlich abgelehnt. Dennoch denke ich, sind wir als Partei gut beraten, hier jeweils eine klare Haltung einzunehmen, wie dies unsere St.Galler SVP-Nationalräte immer konsequent und in aller Deutlichkeit machen. Unseren vier Nationalräten Toni Brunner, Roland Rino Büchel, Thomas Müller und Lukas Reimann möchte ich darum an dieser Stelle ganz herzlich danken! Mit ihrem unermüdlichen Einsatz für unsere Partei und unser Land haben sie grossen Anteil am Erfolg unserer Kantonalpartei.

Als Startschuss der SVP St.Gallen ins Wahljahr 2015 erfolgte bereits im Spätherbst 2014 die einstimmige und darum sehr erfreuliche Nomination unseres Ständeratskandidaten Thomas Müller. Er wird es sein, davon bin ich überzeugt, der zusammen mit der unbestrittenen und wohl so gut wie wiedergewählten FDP-Ständerätin dem Kanton St.Gallen in Bern künftig wieder zu einer ungeteilten Standesstimme verhelfen wird. Denn Hand aufs Herz, wer im Kanton St.Gallen fühlt sich allen Ernstes von einem Sozialisten und Gewerkschafter als Ständerat in Bern vertreten? Ich sicher nicht und ich denke, euch geht es nicht anders. Daran ändern auch ein kostspieliges „Bahn-Y“ und ein „Metropolitanraum“ nichts. Die SVP St.Gallen wird darum, gemeinsam mit den anderen bürgerlichen Parteien, alles daran setzen, den vor vier Jahren an die Linken verlorenen Sitz ins bürgerliche Lager zurück zu holen.

Präsidentenbericht 2014 / 2015



Seit der Nomination unserer Nationalratskandidatin - ja diesmal leider nur eine Frau - und Nationalratskandidaten vom 21. Januar in Rheineck wissen wir, wer die SVP St.Gallen bei den Nationalratswahlen vom Oktober 2015 vertreten wird. Ich finde die Besetzung der Liste mit unterschiedlichsten Persönlichkeiten grossartig und bin sehr zuversichtlich, dass wir mit diesem starken Team an frühere Erfolge werden anknüpfen können. An dieser Stelle möchte ich mich bei unserer Kandidatin und unseren Kandidaten ganz herzlich bedanken und sie auffordern, alles für einen erfolgreichen Wahlkampf zu tun. Sicher für sich selber, ganz besonders jedoch auch für unsere Partei. Ein erstes hervorragendes Podium, sich zu präsentieren, hat der Wahlstab den Kandidierenden mit dem SVP-Stand an der RhEMA in Altstätten Anfang Mai geboten. Eine Vielzahl weiterer Möglichkeiten wird sich in den nächsten Wochen und Monaten bieten. Nach dem Wahlauftakt vom 14. August in Steinach wird für die Kandidierenden eine sehr intensive, aber auch sehr spannende und interessante Zeit anbrechen. Also engagiert euch, wir alle unterstützen euch!

Kantonale Ebene

Auf kantonaler Ebene gibt es vorab festzuhalten, dass es unserem SVP-Regierungsrat Stefan Kölliker nach seiner Erkrankung wieder sehr gut geht. Er führt nicht nur seine Amtsgeschäfte wieder uneingeschränkt und mit vollem Elan, sondern tut dies wo nötig auch kämpferisch und ganz im Sinne der SVP. Dafür danke ich Stefan an dieser Stelle und im Namen der SVP St.Gallen ganz herzlich und wünsche ihm weiterhin beste Gesundheit und weiter viel Freude und Befriedigung in seinem Amt als unser SVP-Regierungsrat.

Intensiv war das vergangene Jahr auch für unsere Kantonsratsfraktion, wie ihr dem Bericht unseres Fraktionspräsidenten Michael Götte entnehmen könnt. Neben der angespannten Finanzsituation des Kantons St.Gallen - *Ausgabenwachstum, zunehmende Probleme beim interkantonalen Finanzausgleich und fehlende Nationalbank-Millionen sind hier nur einige Stichworte* - war im vergangenen Jahr vor allem die Ausgabe von fast einer Milliarde Franken als erste Tranche für die Spitalsanierungen das zentrale Thema. Aktuell stehen die „Raumplanung“ und das neue „Planungs- und Baugesetz“ im Fokus. Und dann natürlich die von Regierung und Kantonsrat gegen den Widerstand der SVP beschlossene Kürzung des Pendlerabzugs. 60'000 Pendlerinnen und Pendler, die für ihren Arbeitsweg vorwiegend auf ihr Auto angewiesen sind, sollten Kanton und Gemeinden 30 Millionen Franken mehr Steuern abliefern. Wofür der Kanton diese Steuergelder dann einsetzen würde, könnt ihr euch selber ausmalen. Gegen diese systemfremde Steuererhöhung auf dem Buckel der Autofahrer hat die SVP erfolgreich das Referendum ergriffen. Die innert nur 40 Tagen gesammelten 6'745 Unterschriften haben gezeigt, dass die SVP als eine der wenigen politischen Grössen im Kanton St.Gallen fähig ist, diese hohe Hürde zu schaffen. Ganz besonderen Anteil am Zustandekommen des Referendum hatten zwei Frauen: Esther Friedli als Kampagnenleiterin und unsere Parteisekretärin und Geschäftsführerin Monika Eggenberger. Sie haben alles vorbereitet, uns alle angetrieben und immer wieder nachgehakt. Ihnen gebührt darum ein ganz besonderer Dank. Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei allen, die mit ihrem unermüdlichen Einsatz zu diesem grossen Erfolg beigetragen haben, und das waren sehr viele. Ganz herzlichen Dank - ihr habt einen tollen Job gemacht! Bevor wir den Erfolg dieses Einsatzes einfahren können, steht uns jedoch noch ein vermutlich schwieriger Abstimmungskampf bevor, denn abgerechnet wird erst nach der Volksabstimmung vom 15. November. Also bleibt alle auch weiterhin aktiv in diesem Thema. Unsere Wählerinnen und Wähler werden es uns danken.

Präsidentenbericht 2014 / 2015



Parallel zu allen Wahl- und Abstimmungskämpfen hat unsere Kantonalpartei in den kommenden Monaten die Regierungswahlen vom 28. Februar 2016 vorzubereiten. Nach dem doch überraschenden Rücktritt von Martin Gehrer hat sich die Ausgangslage für die Gesamterneuerungswahlen der Regierung verändert. Die Orts- und Kreisparteien werden in nächster Zeit gefordert sein, der Kantonalpartei mögliche Kandidatinnen und Kandidaten zu melden, die zu einer Kandidatur für die SVP bereit wären. Der Kantonalvorstand wird dann am 30. September eine Vorauswahl treffen und den Delegierten an der Versammlung vom 28. Oktober in St. Margrethen einen Wahlvorschlag unterbreiten.

Bevor ich zu den Verdankungen und zum Schluss meines Jahresberichts komme, möchte ich noch meiner Freude Ausdruck verleihen, dass die SVP St.Gallen mit Kantonsrat Markus Straub ab Juni für ein Jahr den höchsten St.Galler stellen wird. Dieses freudige Ereignis werden wir am Dienstagnachmittag, 2. Juni in Rüthi gebührend feiern. Ich freue mich, dort möglichst viele SVP-lerinnen und SVP-ler zu treffen, die Markus Straub die Ehre erweisen.

Wie angekündigt komme ich somit zu meinem Dank. Dieser geht ganz besonders an unsere Nationalräte sowie die Kantonsrätinnen und Kantonsräte für ihren grossen und nicht selbstverständlichen Einsatz für Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Dann bedanke ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen von Kantonalvorstand, Parteileitung und Wahlstab, die mit ihrem grossen Engagement die politische Arbeit der SVP St.Gallen erst möglich machen. Und natürlich ganz besonders bei euch allen, geschätzte Delegierte, denn ihr repräsentiert die SVP und damit einen grossen und wichtigen Teil unseres Kantons und unserer Schweiz.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir bei den anstehenden Wahlen und Abstimmungen als SVP erfolgreich sein werden. Aber denkt dran: niemand wird uns etwas schenken, eher im Gegenteil. Wir müssen für unseren Erfolg selber kämpfen und alles daran setzen, die Herausforderungen der kommenden Monate und der Zukunft gemeinsam zu meistern. Für eure Unterstützung auf diesem Weg danke ich euch allen schon jetzt ganz herzlich.

Herbert Huser
Kantonsrat SVP
Präsident SVP St.Gallen

1. Personelles

Im Laufe des Jahres gab es aufgrund von Rücktritten mehrere Wechsel innerhalb der SVP-Fraktion: In der Februarsession wurde Benno Koller, Gossau, als Nachfolger von Ruedi Eilinger vereidigt. Im September ersetzten Mirco Gerig, Wildhaus-Alt St. Johann und Peter Kuster, Diepoldsau Heinz Güntensperger beziehungsweise Oskar Gächter, und im November trat Peter Haag, Schwarzenbach, die Nachfolge von Max Rombach an.

Markus Straub wurde in der Junisession mit einem ausgezeichneten Resultat als Vizepräsident des Kantonsrats für die Amtsperiode 2014/2015 gewählt.

2. Politische Geschäfte

Februarsession

Aufgaben- und Finanzplanung 2015 bis 2017

Zentral in der Debatte war die Diskussion über die Budgetierung allfälliger Gewinne der Nationalbank. Für die SVP Fraktion ist es nicht nachvollziehbar, Erträge zu budgetieren, die weder in der Höhe bekannt, noch gesichert sind. Aus diesem Grund setzte sie sich erfolgreich dafür ein, diesen Budgetposten zu streichen. Die Fraktion unterstützte den Antrag der Finanzkommission, diese Ausfälle nicht durch weitere Bezüge aus dem besonderen Eigenkapital zu kompensieren. Die Regierung hatte im Hinblick auf das Budget 2015 Massnahmen zu erarbeiten, um die Fehlbeträge auszugleichen.

Dringliche Vorstösse der SVP

Mit einer dringlichen Motion verlangte die SVP-Fraktion, die Parlamentsdienste und die Parlamentarischen Kommissionsdienste aus der Staatskanzlei auszugliedern und direkt dem Präsidium zu unterstellen, im Sinne der Gewaltentrennung und einer grösseren Transparenz. Die Motion wurde vom Rat überwiesen.

Die dringliche Interpellation nahm sich der Thematik des Arbeitsklimas in der Staatskanzlei an und verlangte von der Regierung Auskunft darüber, welche Massnahmen zur Verbesserung der aktuellen Situation vorgesehen sind. Die Beratung zu dieser Thematik wird Mitte 2015 stattfinden.

Junisession

Rechnung 2013

Auch in der letztjährigen Rechnung musste auf das besondere Eigenkapital zurückgegriffen werden, um die Vorgaben der Schuldenbremse zu erfüllen. Trotzdem gab es Bestrebungen seitens des links-grünen Lagers des Kantonsrats, vom beschlossenen und konsequenten Sparkurs abzuweichen. Diese Anliegen wurden von der SVP nicht unterstützt denn sie würden unweigerlich zur nächsten Sparrunde führen.

Bildungspolitik

Die SVP stimmte dem neuen Berufsauftrag für Lehrpersonen zu, inklusive der Kürzung der Klassenlehrerzulage. Dafür werden die Klassenlehrer in Zukunft mit einer Wochenlektion entlastet.

Der Kantonsrat lehnte die Dringlichkeit der SVP Motion „Volksschule: Bekleidungs Vorschriften klar regeln“ ab und will das hängige Urteil des Verwaltungsgerichts zur Frage des Kopftuchverbots abwarten. Hier wäre aus Sicht der SVP eine rasche, eindeutige Klärung der Situation von grosser Wichtigkeit gewesen, vor allem für die betroffenen Gemeinden im Kanton.

Transparenz in der Verwaltung

Das Öffentlichkeitsprinzip war unbestritten und mit dem neuen Informationsgesetz, das die SVP mit einer Motion veranlasste, wurde die Rechtsgrundlage dafür geschaffen. Damit ist es in Zukunft für jedermann möglich, sich Informationen zur Tätigkeit der Verwaltung zu verschaffen, sofern diese nicht aus Gründen des Persönlichkeits- oder Datenschutzes unter den Ausnahmen aufgeführt werden.

Schlussabstimmungen zu den Spitalvorlagen

In der Schlussabstimmung waren die Vorlagen zum Kantonsspital, zum Kinderspital und zu den Spitälern Wattwil und Linth unbestritten. Bei den Spitälern Grabs und Altstätten brachte die SVP ihre Vorbehalte an in dem Sinn, als der Neubau eines Spitals Rheintal eine vernünftiger Option wäre als die Sanierung von zum Teil sehr alten Infrastrukturen. Trotzdem stimmte die Mehrheit des Kantonsrats auch diesen beiden Vorlagen zu.

Septembersession

Mitspracherecht der Gemeinden bei der Kinder- und Erwachsenen Schutzbehörde (KESB)

Ein von den bürgerlichen Parteien gemeinsam eingereichter Vorstoss wurde vom Kantonsrat gutgeheissen. Damit werden die Gemeinden, die für die angeordneten Massnahmen zahlungspflichtig sind, in die Verordnungsprozesse wieder einbezogen und haben wieder ein gewisses Mitspracherecht.

Metropolitanraum Ostschweiz

Im Rahmen der Debatte über das Standortförderungsprogramm beschloss der Kantonsrat, dass sich der Kanton St. Gallen für die Bildung einer „Metropolitanregion Ostschweiz“ einsetzen soll. Die SVP-Fraktion unterstützte diesen Antrag, konnte aber die Mehrheit des Kantonsrats nicht davon überzeugen, eine Vertretung des Parlaments in diesem Gremium vorzusehen.

Verzögerte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen

Der Kantonsrat unterstützte den Antrag der SVP-Fraktion, dass die Beantwortung ihrer Motion „Volksschule: Bekleidungs Vorschriften klar regeln“ und eine Reihe ähnlich gelagerter Vorstösse von der Regierung nicht mehr länger hinausgezögert werden darf. Die Beantwortung muss an der darauffolgenden Novembersession erfolgen.

Novembersession

Bekleidungs Vorschriften in der Volksschule

Die entsprechende Motion der SVP-Fraktion wurde schlussendlich gutgeheissen und die Regierung mit der Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage beauftragt. Insbesondere die Frage des Kopftuchverbots wird vom Kantonsrat unter Berücksichtigung des hängigen Falles beim Bundesgericht betreffend das muslimische Mädchen aus St. Margrethen behandelt werden.

Sozialhilfe

Die SVP befürwortet einen Spielraum der Gemeinden für einen kostenbewussten und bedarfsgerechten Umgang mit der Sozialhilfe. Empfehlungen, wie sie in den SKOS-Richtlinien festgelegt sind, können dafür ein mögliches Mittel sein. Eine Verbindlichkeitserklärung dieser Richtlinien durch die Regierung für den ganzen Kanton lehnt die SVP jedoch ab und verlangte mit einer Motion eine entsprechende Änderung des Sozialhilfegesetzes. Der Kantonsrat wies die SVP-Motion zurück, veranlasste aber mit einer überparteilichen Motion die Revision des Sozialhilfegesetzes. Die SVP unterstützte die Motion nicht, weil sie lediglich unwesentliche Änderungen davon erwartet und prüft die Lancierung einer kantonalen Volksinitiative zur Neugestaltung der Sozialhilfe als Überbrückung einer Notlage anstelle eines Ersatzehinkommens.

Beschränkung des Pendlerabzugs – indirekte Steuererhöhung

Der Kantonsrat beschloss, dass in Zukunft nur noch die Fahrkosten zur Berufsausübung in der Höhe des Preises für eine SBB-Generalabonnements 2. Klasse steuerlich abzugsfähig sind. Die SVP setzte sich vergeblich dafür ein, dass am bisherigen System festgehalten wird und weiterhin die effektiven Kosten abgezogen werden können. Gegen diese indirekte Steuererhöhung wird die SVP das Referendum ergreifen.

Bildungsthemen

Die SVP verlangte mit einer Motion, dass der Kanton St. Gallen das „Harmos-Konkordat“ aufkündigt, um damit den Weg zu ebnen, inskünftig nur noch eine Fremdsprache in der Mittelstufe zu unterrichten. Der Kantonsrat lehnte die Motion ab.

Die Mitsprache des Parlamentes bei der Genehmigung des Lehrplanes der St. Galler Volksschule, welche durch eine entsprechende Motion der SVP verlangt wurde, fand ebenfalls keine Mehrheit im Kantonsrat und wurde abgelehnt.

Bussengelder – ein Mittel zur Aufbesserung des laufenden Budgets?

Die SVP ist der Meinung, dass die Bussengelder anstatt in die Staatskasse, in den Strassenfonds einfließen sollen und reichte eine entsprechende Motion ein. Der Kantonsrat lehnte diese ab.

3. Fazit

Die SVP Fraktion des Kantons St. Gallen kann grundsätzlich auf ein erfolgreiches 2014 zurückblicken. Auch wenn eines unser Hauptthemen – zukünftige Spitalliegenschaften – nicht in unserem Sinn abgeschlossen wurde, haben wir in vielen andern Themen dank guter Zusammenarbeit mit andern Fraktionen Mehrheiten zustande gebracht. Die Herausforderungen, mit welchen wir umgehen müssen und welche noch auf uns zukommen, verlangen einiges von der nach wie vor grössten Fraktion in unserm Kantonsrat.

Michael Götte
Kantonsrat
Fraktionspräsident

In den **kantonalen Gerichten** (Kantonsgericht, Verwaltungsgericht, Versicherungsgericht und Verwaltungsrekurskommission) kam es im Berichtsjahr zu keinen Veränderungen. Die Amtsdauer läuft noch bis Sommer 2017. Bei den **erstinstanzlichen Kreisgerichten** wurden im Herbst 2014 die Mitglieder für die **Amtsdauer 2015/2021** gewählt. Bei den Gerichtspräsidenten sowie den haupt- und teilamtlichen Mitgliedern, welche alle eine juristische Ausbildung absolviert haben und eine Berufserfahrung ausweisen müssen, kam es zu stillen Wahlen. Bei den nebenamtlichen Richterinnen und Richtern mussten in einzelnen Wahlkreisen Urnenwahlen durchgeführt werden, da mehr Kandidaten als Sitze zur Verfügung standen. Die SVP stellt in einzelnen Kreisgerichten mehr Richter als bisher.

Die Fachkommission SJD erarbeitete zu **zwei gewichtigen Themen** die **Vernehmlassung** zuhanden der Parteileitung. Zum einen zum „**Projekt Zivilschutz 2015+**“. Auch wenn die SVP Sparanstrengungen unterstützt, geht ihr die vorgesehene Bestandsreduktion von 5'300 auf 3'300 Zivilschutzangehörige im Kanton St.Gallen zu weit. Gesamthaft fiel die Vernehmlassung sehr kritisch aus. Dies macht aber der Regierung offensichtlich wenig Eindruck, hat sie doch zwischenzeitlich die Botschaft ans Parlament – ohne wesentliche Korrekturen – vorgelegt. Zudem wurden bezüglich der **Verwaltungsjustizreform** einige grundsätzliche Fragen unterbreitet. Deren Auswertung wird nun – voraussichtlich im laufenden Jahr – zu einer Vorlage zur Revision des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (VRP) führen.

Im Berichtsjahr erfuhr die **Fachkommission SJD personelle Veränderungen**: Heinz Güntensperger, Dreien, ist nach vielen Jahren als Kantonsrat zurückgetreten. Er steht der Fachkommission als Mitglied der kantonalen Justizvollzugskommission aber weiterhin beratend zur Seite. Als neues externes Mitglied konnte Stefan Zürn, St.Gallen, Abteilungspräsident VRK, willkommen geheissen werden. Aus der KR-Fraktion gehören, nebst dem Unterzeichneten, der Fachkommission an:

René Bühler, Schmerikon,
Peter Haag, Schwarzenbach,
Barbara Keller-Inhelder, Rapperswil-Jona und
Christian Spoerlé, Ebnet-Kappel.

Karl Güntzel, St. Gallen
Kantonsrat
Präsident der Fachkommission SJD

Die Fachkommission hat ihre Geschäfte an zwei Sitzungen beraten. Die Fachkommission VD bearbeitet die Geschäfte der Ämter: Landwirtschaftsamt, Amt für Natur- Jagd und Fischerei, Fachstelle für Statistik, Amt für öffentlichen Verkehr, Kantonsforstamt sowie des Amtes für Wirtschaft und Arbeit. Die wohlverdienten Mitglieder Christian Bicker, Dieter Spinner und Jakob Rutz äusserten den Wunsch, altershalber aus der Kommission zurück zu treten. Wir danken Ihnen für die langjährige, engagierte Mitarbeit für die SVP Kanton St. Gallen.

Die Fachkommission befasste sich im Berichtsjahr mit folgenden Geschäften: II. Nachtrag zum Jagdgesetz; die Vernehmlassung Neues öV Gesetz ab 1.1.2016 sowie die Standortförderung 2015-2018. Zudem wurde im Herbst 2014 die Landwirtschaftsgruppe SVP Kanton St. Gallen gegründet.

II. Nachtrag zum Jagdgesetz.

Das neue Jagdgesetz hat für die SVP wichtige Neuerungen erfahren. Die Vereinfachung und Straffung der administrativen Verfahren bei der Revierverspachtung, das Aufgaben- und Einnahmegerechte Finanzierungsmodell der Jagd, die materielle Neuregelung im Bereich Wildschaden und die Verbesserung des Lebensraum- und Artenschutzes sind die wesentlichen Änderungen. Die SVP hat sich für eine Verbesserung der Entschädigungen der Wildschäden und die Vereinfachung der administrativen Verfahren in den letzten Jahren der Vernehmlassungen immer wieder eingesetzt, was jetzt im neuen Jagdgesetz vollzogen wurde.

Vernehmlassung Neues öV Gesetz ab 1.1.2016

Das bestehende Gesetz zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und das Einführungsgesetz zum eidgenössischen Eisenbahngesetz werden in ein neues Gesetz zusammengeführt. Es werden die FABI, die Technischen Massnahmen, Planung und Bestellung, Zusammenarbeit Kanton-Regionen und Gemeinden, Gemeindeschlüssel und Versuchsbetriebe und Tarifverbände neu geregelt und strukturiert. Die SVP begrüsst ein neues Gesetz und hat in den Bereichen der Planung, der Bestellung und Personelles kritische Punkte eingebracht. Leider will die Regierung trotz Vereinfachungen 170 Stellenprozente schaffen. Das Gesetz wird in der Junisession 2015 beraten.

Standortförderung 2015-2018

Die SVP begrüsst die neue strategische Grundlage des Wirtschaftsstandortes 2025. Auf Grund von Sparmassnahmen I und II. werden in der Vorperiode 2011-2014 anstatt 11.0 Mio. nur 6.7 Mio. werden ausgeschöpft. Trotzdem konnten die avisierten Ziele erreicht werden. Gemäss Bericht gingen in St. Gallen rund 1000 Industriearbeitsplätze verloren. Mit den erfolgreichen Ansiedlungen konnten über 1000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Die SVP hat einen Antrag im Bereich Tourismus eingebracht. Die Positionierung von St. Gallen als international anerkannter und wettbewerbsfähiger Wissensplatz und Produktionsstandort ist der SVP wichtig. Namentlich werden Spin-Offs der Universitäten positiv bewertet.

Zwecks Stärkung unserer Standortattraktivität und zur wirksamen Aufgabenerfüllung in funktionalen Räumen wurde die Regierung eingeladen, zusammen mit den Kantonen Thurgau, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, dem Fürstentum Liechtenstein sowie dem Land Vorarlberg, unter Einbezug der Agglomerationen, einen eigenständigen, trinationalen Metropolitanraum St. Gallen-Bodensee zu initiieren. Weiter wird die Regierung beauftragt, im Rahmen der Neuverhandlungen der Leistungsvereinbarungen im Tourismus ab 2016 die heute zu kleinräumigen

Destinationsstrukturen zu bereinigen und die Zuständigkeiten für übergreifende Themen wie Business- und Kongress-Tourismus zu koordinieren.

Gründung Landwirtschaftsgruppe SVP Kanton St. Gallen

Die VD Fachgruppe begrüsst die Gründung einer Landwirtschaftsgruppe SVP Kanton St. Gallen. Den SVP Landwirten ist es ein Bedürfnis, ihre Anliegen einer breiten Bevölkerung mitzuteilen. Der freie Bauer ist zu fördern und die Reglementierung, Bürokratie und Kontrollen sind abzubauen.

Die Berg- und Talbauern, Haupterwerbsbetriebe wie auch Nebenerwerbsbetrieb sollen gesunde und nachhaltige Nahrungsmittel für die hiesige Bevölkerung produzieren. Dazu benötigen sie mehr Flächen und die Extensivierung auf fruchtbaren Böden ist Einhalt zu bieten.

Die VD Fachkommission wird weiterhin ihre Anliegen bearbeiten und freut sich auf ihre Beiträge.

Walter Freund

Kantonsrat

Präsident Fachkommission VD

Die Abstimmung zur Spitalerneuerung prägte das Jahr 2014 stark. So hielt eine Kommission von Dezember 2013 – Januar 2014 insgesamt 10 Kommissionssitzungen zu den von der Regierung vorgelegten Unterlagen ab. Zudem erforderte es mehrere interne Sitzungen und Absprachen. In kurzer Zeit galt es, drei Bundesordner zu studieren und zu bearbeiten. Für die SVP war klar, dass besonders im Rheintal eine andere Lösung als jene der Regierung den Vorzug erhält. In spannenden und intensiven Sitzungen vermochten wir es jedoch nicht, unsere Ziele durchzusetzen.

Anlässlich der im Februar angesetzten Sondersession zu den Spitalvorlagen stimmte der Rat nach heftigen Diskussionen den Anträgen der Regierung zu. Die anschliessend durchgeführte Volksabstimmung wurde ebenfalls vom Stimmvolk gutgeheissen.

Das Baudepartement steht weiterhin im starken Fokus der politischen Agenda. Nicht nur aufgrund der geforderten Stellen sondern auch aufgrund der intensiven Investitionen im Hoch- und Tiefbau. Der Unterhalt der Gebäude und auch die dazu nötige Finanzierung wird den Kanton St. Gallen in den nächsten Jahren stark belasten. Die Fachkommission wird deshalb 2015 ein Schwergewicht auf dieses Thema legen.

Die SVP hat, teilweise zusammen mit anderen Fraktionen, verschiedene Vorstösse im Parlament eingereicht. Nennenswert ist mit Sicherheit auch die kantonsweite Abschaffung der Ausnützungsziffer, welche besonders von linker und grüner Seite bekämpft worden ist. Dies zeigt einmal mehr auf, dass durch dieses Verhalten die Entwicklung und Wirtschaft gefährdet wird. Das Schweizer Stimmvolk hat mit dem nationalen Raumplanung-Gesetz die Zersiedelung gestoppt. Nun müssen wir aber die Möglichkeit haben, dass sich die Gemeinden nach innen zu verdichten können. Durch eine immer noch vorhandene Ausnützungsziffer wird dies aber verhindert.

Auch im 2014 wurde der Richtplan in eine Vernehmlassung gegeben und leicht angepasst. Das Baudepartement ist daran, den Richtplan einer Totalrevision zu unterziehen. Dies begrüssen wir ausdrücklich. Die Fachkommission Bau hat die Anpassungen 2014 unterstützt, allerdings sind keine nennenswerten bzw. gravierenden Änderungen gemacht worden.

Die interne Fachgruppe Bau der SVP St. Gallen behandelt verschiedene Themen rund um das Baudepartement. Auch ist sie für die Aufarbeitung der Vernehmlassung für die Kantonalpartei zuständig. Der Fachgruppe kann jeder angehören und sich entsprechend einbringen. Interessierte Personen teilen dies doch bitte dem Sekretariat der SVP St. Gallen mit oder melden sich direkt beim Fachkommissionspräsident. Jährlich finden ca. 2 Sitzungen statt.

Marcel Dietsche
Kantonsrat
Präsident Fachkommission Bau

Das Departement des Innern des Kantons St. Gallen beinhaltet nachfolgende Ämter:

- Amt für Bürgerrecht und Zivilstand
- Amt für Gemeinden
- Amt für Soziales
- Amt für Kultur
- Stiftsarchiv
- Konkursamt
- Amt für Handelsregister und Notariate

Das neue Kindes- und Erwachsenenschutzgesetz (KESB) wurde per 1. Januar 2014 im Kanton St. Gallen eingeführt. Dies löste die Vormundschaften in den einzelnen Gemeinden ab. Diese Aufgaben werden nun neu regional organisiert und gelöst. Dadurch erhofft man sich eine Professionalisierung und Konzentration der Kräfte. Unsere Fachgruppe verfolgt dies mit wachem Auge. Die Rückmeldungen von Betroffenen sind nicht immer nur positiv, allerdings müssen die Aussagen jeweils differenziert betrachtet werden. Persönliche Vorstellungen, welche möglicherweise nicht erfüllt wurden, verleiten oft zu einer negativen Haltung der neuen Organisation gegenüber. Unbestritten ist jedoch, dass die neue KESB-Organisation zu einer Kostensteigerung für die Gemeinden geführt hat und dass bis heute nicht alle KESB-Behörden ihre Aufgaben zur Zufriedenheit erfüllen. Dieser Umstand wird seitens der Regierung öfters beschönigt und mit dem Argument, die Zeit für eine Beurteilung sei zu kurz, verharmlost.

Im 2013 wurde im Rat das neue Bibliotheksgesetz verabschiedet. Darin wurde festgehalten, dass die Regierung eine Strategie zu entwickeln habe. Im Berichtsjahr durfte sich die Fachgruppe zu dieser Strategie vernehmen lassen. Der Kanton entwickelt die Strategie, umgesetzt muss diese von den Gemeinden. Regionale Lösungen sind ebenfalls angedacht. Die Fachgruppe vertritt die Meinung, dass die kantonalen finanziellen Mittel in der Höhe von CHF 350'000 pro Jahr ausreichen müssen. Die Fachgruppe ist gespannt, welche zusätzliche finanziellen Mittel für die Umsetzung dieser Strategie auf kommunaler Ebene im ganzen Kanton zur Verfügung gestellt werden müssen. Zahlreiche Gemeinden haben in den letzten Jahren gut funktionierende, kostengünstige und von der Bevölkerung geschätzte Strukturen im Bibliothekswesen aufgebaut. Aus Sicht der Fachgruppe kann es nicht sein, dass die Bibliothekskommission diese Strukturen aufbrechen und regionale Zentren aufbauen will. Eine Zusammenarbeit und ein Austausch der Leihwaren unter den Bibliotheken ist sinnvoll und soll gefördert werden. Speziell für die Schulen ist es wichtig, dass die Bibliothek in Gehdistanz zu den Schulhäusern ist. Bei Aussenschulen kann dies nicht immer der Fall sein.

Im Kanton St. Gallen schreiten die Gemeindefusionen zügig voran. Aktuell sind es nicht so viele politische Gemeinden. Aus diesem Grund ist dieses Thema nicht mehr so viel in den Medien und wird von der Bevölkerung nicht mehr so stark wahrgenommen. Zurzeit sind die Fusionen bei den Schulen oder Kooperationen im Gange. Speziell bei den Kooperationen sind diese Fusionen notwendig, weil die Personen fehlen, welche diese Arbeit in den kleinen Dörfern und Weiler im Nebenamt und vielfach in Fronarbeit übernehmen wollen. Die Fachgruppe ist sich bewusst, dass diese grösseren Gebilde, welche oft eine professionelle Organisation notwendig machen, nicht kostengünstiger geführt werden können als die alten Gebilde. Die Fachgruppe sowie auch die SVP stehen diesen Fusionen immer eher kritisch gegenüber. Wir müssen aber an dieser Stelle festhalten, dass uns bis jetzt keine grossen negativen Auswirkungen der vielen Fusionen bekannt sind. Dass es für den Einzelnen Änderungen ergeben hat, ist nachvollziehbar, darf aber im Ganzen nicht als negativ bezeichnet werden.

Allen Mitgliedern der Fachgruppe DI ein recht herzliches DANKE SCHÖN für die Mitarbeit im 2014.

Linus Thalmann
Kantonsrat
Präsident Fachkommission DI

Das Jahr 2014 hat für die Fachkommission mit einem personellen Wechsel im Präsidium begonnen. Nach sehr intensiver, engagierter und jahrelanger Arbeit als Präsident der Fachkommission Bildung hat Marcel Hegelbach mit seinem Rücktritt als Kantonsrat auch dieses Amt niedergelegt und in die Hände von Sandro Wasserfallen übergeben. An dieser Stelle sei die geleistete Arbeit von Marcel Hegelbach herzlichst verdankt. Es ist schön und spricht für sein ausgeprägtes Interesse an der Bildungspolitik, dass Marcel Hegelbach auch nach seinem Rücktritt aus dem Kantonsrat der Bildungsfachkommission als Mitglied erhalten bleibt.

Nebst dieser personellen Änderung sind auf Jahresbeginn auch einige weitere Mitglieder aus- oder eingetreten. Aktuell beträgt die Mitgliederzahl 17, was zwecks Diskussionsqualität, Ergebnisorientierung und abschliessendem Entscheidungsprozess sicherlich an der oberen Grenze liegt.

Im Zentrum der Sitzung vom 1. Mai standen, nebst organisatorischen Angelegenheiten und dem gegenseitigen Kennenlernen der Mitglieder in neuer Zusammensetzung, aktuell brisante bildungspolitische Themen, insbesondere der Lehrplan 21 und das Harnos-Konkordat.

Nachdem der neue Fachkommissionspräsident seine Gedankengänge und Überlegungen zu, in diesem Zusammenhang, bereits angedachten politischen Vorstössen dargelegt hatte, wurden diese in der Fachkommission mittels konstruktiver Diskussion eingehend debattiert und damit die Grundlage konkreter Aktivitäten geschaffen. Dies wiederum führte schlussendlich zu zwei Motionen, welche die SVP-Fraktion einreichte.

Beim ersten Vorstoss ging es darum, künftige Lehrpläne nicht mehr nur von der Regierung, sondern durch das Parlament genehmigen zu lassen. Damit würde die demokratische Legitimation des Lehrplans gestärkt und die politische Einflussmöglichkeit auf dessen Ausgestaltung massiv erhöht. Im zweiten Vorstoss ging es darum, mittels Parlamentsentscheid die Mitgliedschaft im Harnos-Konkordat zu kündigen, um wieder über die ursprüngliche Entscheidungshoheit im Kanton zu verfügen und dann auch die Fremdsprachenfrage auf der Primarschulstufe in Angriff zu nehmen. Wie zu erwarten war, fand keine der beiden Motionen eine Parlamentsmehrheit.

Aufgrund der vorangehenden Diskussionen in der Fachkommission und dem Scheitern der beiden Vorstösse, stellte der Präsident der Fachkommission, Sandro Wasserfallen, die Frage nach der Harnos-Kündigung auch in Form einer Konsultativabstimmung an einer Delegiertenversammlung der SVP Kanton St. Gallen. Diese bejahte einen Harnos-Austritt mit einer überdeutlichen Mehrheit. Mittlerweile ist die entsprechende Initiative des überparteilichen Komitees „Starke Volksschule St. Gallen“ zu Stande gekommen und die SVP wird zu gegebener Zeit ihre Position im Abstimmungskampf festlegen.

Die Fachkommission organisierte im vergangenen Jahr auch einen Besuch der Sprachheilschule St. Gallen. Diese ist ebenfalls zum Politikum geworden, da deren Oberstufe im Zuge des Sonderpädagogikkonzeptes abgeschafft werden sollte. Der Besuch war sehr aufschlussreich und zeigte ein äusserst interessantes Bildungsangebot im Kanton St. Gallen.

Sandro Wasserfallen
Kantonsrat
Präsident Fachkommission Bildung

Im Berichtsjahr waren die dominierenden politischen Geschäfte im Gesundheitsbereich die Abstimmungsvorlagen über die Sanierung und teilweise Erweiterung des Kantonsspitals, der Spitäler Wattwil, Linth/Uznach, Altstätten und Grabs, sowie über das Darlehen an den Neubau des Kinderspitals auf dem Areal des Kantonsspitals. Der Präsident der Fachkommission Gesundheit war Mitglied der zuständigen vorberatenden Kommission, die vom Fraktionspräsidenten der SVP präsiert wurde.

Während der Sanierungsbedarf in den einzelnen Spitälern unbestritten war, drehte sich die zentrale Frage um den Neubau eines Spitals Rheintal, als Ersatz für die Spitäler Grabs und Altstätten. Die SVP setzte sich zuerst im Rahmen der vorberatenden Kommission und anschliessend während der beiden Lesungen in der Februar- und Junisession im Kantonsrat konsequent für einen Neubau ein, fand aber keine Mehrheit dafür.

In der Volksabstimmung vom 30. November 2014 wurden die einzelnen Spitalvorlagen schlussendlich mit unterschiedlichen Mehrheiten gutgeheissen.